

Entwurf zur Auswertung des Dialoges für Sachsen

Beschluss aus der Landesvorstandsklausur vom 14. – 16. November 2014

Beschlüsse:

1. Der Landesvorstand nimmt den Entwurf zur Auswertung des Dialoges für Sachsen zur Kenntnis und die MitstreiterInnen der Steuerungsgruppe werden gebeten, bis zum 30. November 2014 Ihre Ergänzungen zuzuarbeiten.
2. Der Bericht wird in ergänzter Fassung der Wahlauswertung beigefügt, welche bis zum Ende des Jahre 2014 erarbeitet wird.

**Maßnahmen der
Öffentlichkeitsarbeit:**

Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen:

-

Finanzen:

-

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: -

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 15. November 2014



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Es wurde darum gebeten, dass der Dialog für Sachsen im Hinblick auf Handlungsoptionen und Resultate für die Landespartei ausgewertet wird. Es gab bereits 2013 einen Bericht an den Landesparteitag zum Dialog für Sachsen (siehe Anlage 1). Dieser ist diesem Bericht beigelegt. Er enthält die Herleitung dessen, was die Steuerungsgruppe in enger Abstimmung mit dem Landesvorstand erarbeitet und erreicht hat. Da die Projektarbeit und Dinge anders anzugehen als bisher neu waren, sollen in diesem Bericht nochmals die Dinge aufgearbeitet werden, die sich im Prozess als hinderlich herausgestellt haben. Es werden aber auch nochmals die Dinge zusammengefasst, die im Wahlkampf genutzt wurden und weiterentwickelt wurden sowie für die zukünftige Arbeit relevant sein können. Dementsprechend werden Handlungsempfehlungen ausgesprochen.

1. Die Schwierigkeiten im Prozess.

Ideen scheitern auch manchmal daran, dass sie zerredet werden oder uns als Organisation der Mut fehlt, uns auszuprobieren, Dinge anders zu denken und Risiken einzugehen. Hier sollen die Argumente aufgezählt werden, die einem größerem Erfolg des Projektes innerparteilich im Wege standen. Die Aufzählung im Folgenden soll niemanden persönlich treffen, aber dennoch ist die Ursachenaufzählung für Erfolge und Misserfolge wichtig, um bei zukünftigen Vorhaben nicht wieder mit gleichen Problemen kämpfen zu müssen.

1.1. Stigma: Prestigeobjekt / Profilierungsprojekt / Selbstbespaßung

Von vornherein waren einige, die sich in der Gruppe engagiert haben dem Vorwurf ausgeliefert, dass es um ein reines Profilierungs- und Prestigeobjekt gehe. Dass sich Leute aufgrund von Parteitagsbeschlüssen zusammengetan haben, um diese umzusetzen trat in den Hintergrund. Insofern mussten die MitstreiterInnen in vielen Situationen die Idee verteidigen, die eigentlich schon Beschlusslage war und hatten mithin weniger Zeit zur Verfügung, die eigentlichen Vorschläge für die konkrete Umsetzung zu diskutieren.

1.2. Stigma: Geldverschwendung

Es wurde von AkteurInnen im Landesverband dem Landesvorstand unterstellt, dass in dem Projekt sinnlos Geld verschwendet würde. Dies ging bis hin zu Behauptungen, dass der Vorstand 100.000 Euro einer Beraterfirma in den Rachen werfen würde. Gegen solcherlei Unwahrheiten anzukommen, die in den Raum gestellt werden, ist nicht einfach im Zuge des Projektes, frisst Zeit, die für andere Dinge nötig wäre. Zu den konkret getätigten Ausgaben im Rahmen des Dialoges für Sachsen siehe Anlage dieses Berichtes.

1.3. Problem: Nichtauseinandersetzung mit den Zielen und Inhalten des Projektes von politischen SchlüsselakteurInnen

Ein Projekt lebt davon, dass es von Menschen getragen wird. Projekte in der Partei werden nicht allein dadurch lebendig, dass sie Beschlusslage sind, sondern weil sich Menschen tatsächlich dafür begeistern können. Dementsprechend müssen sie SchlüsselakteurInnen mit dem Projekt auseinandersetzen. Dazu gehören Abgeordnete genauso wie Kreisvorsitzende, Landesrats- und Landesvorstandsmitgliedern bis hin zu engagierten Parteimitgliedern. Aufgrund von zu knapper Zeit, aufgrund von Vorbehalten und unbekanntem Gründen ist diese Aktivierung kaum erfolgt. Dementsprechend ist zu hinterfragen, wie man zukünftig die Wertigkeit gemeinsamer Vorhaben erhöhen kann, durch bessere/transparentere Kommunikation, aber auch gegenseitigem Wohlwollen und besserer zeitlicher Planung, um zum Erfolg zu verhelfen.

1.4. Dilemma: Wunsch des sich neu aufstellen in Methode und als Partei und gleichzeitig an alten Strukturen und Arbeitsweisen mit Vehemenz festhalten

Es wird oft gesagt im Nachgang von Wahlen, dass wir uns ändern müssen als Partei, uns öffnen müssen, dass wir Dinge überdenken müssen, neue Wege gehen müssen. Wenn dies dann allerdings konkret gemacht wird, wird wiederum die Frage gestellt warum.

Wenn wir innerparteilich zu dem Schluss kommen, dass es an verschiedenen Stellen ein Weiter so nicht gibt, dann müssen wir tatsächliche Offenheit unter Beweis stellen – gegenüber Projekten, Versuchen, neuen Methoden, anderen Herangehensweisen.

1.5. Dilemma: Kritik und Forderungen vs. mangelnde konkrete Vorschläge

Es ist relativ einfach, am Saalmikro oder in Veranstaltungen Forderungen nach mehr Transparenz, nach neuen Dingen, nach einem Mehr, was getan werden muss aufzumachen. Es ist auch nicht sonderlich schwer Kritik, an dem, was getan wird zu äußern. Allerdings reicht das nicht für einen Verbesserungsprozess. Es soll sehr wohl Kritik geäußert werden und Forderungen formuliert werden, aber wir müssen im Landesverband wieder einen Modus erreichen, in dem konkrete Vorschläge und konkretes Einbringen das Primat haben.

Ansonsten sind Leute, die Konkretes tun, darin aber zu wenig Unterstützung finden, oder im Gegenteil lediglich Kritik geäußert wird, schnell an Punkten, frustriert zu sein. Das ist in einer Partei, die immer von sich behauptet Mitmachpartei zu sein, nicht unproblematisch.

1.6. Problem: Nichtakzeptanz innerhalb der Partei

Vermutlich spielen die bereits aufgeführten Punkte bereits mit herein in die Einschätzung, dass das Projekt DfS in der Partei zu wenig Akzeptanz fand. Es macht den Anschein, wenn man zum Bsp. auch den Aleksa-Prozess in die Überlegungen mit einbezieht, dass von Landesebene vorgeschlagene Projekte nicht von allein tragfähig sind. Deshalb besteht die Herausforderung darin, Ideen zu entwickeln und diese von der Basis her tragfähig zu machen oder von vornherein so zu konzipieren, dass sie durch Hauptamtliche/Mandatsträger*innen oder feste Projektgruppen umsetzbar sind

1.7. Keine Möglichkeit der realen Einbindung aller AkteuerInnen im linken Spektrum

Es war nur schwer möglich, alle AkteuerInnen um DIE LINKE in Sachsen sinnvoll einzubinden. Zum einen waren die Aufgaben zu unkonkret und weiterhin sind die Planungszyklen zu unterschiedlich, so dass wir hier noch erhebliches Potential haben.

1.8. Wertigkeit des Projektes bei den Steuerungsgruppenmitgliedern - damit Projektfortschritt schwierig und Wissenstand bei Strukturen unterschiedlich

Die Steuerungsgruppentreffen wurden von einem Teil der Mitglieder komplett besucht. Bei einem kleineren Teil war die Teilnahme nur unregelmäßig. Das hatte zur Folge, dass viel Zeit aufgewendet werden musste, um geführte Debatten darzustellen und den Projektfortschritt immer wieder aufs Neue transparent zu machen.

1.9. Durch die Projektgruppe wurden auch Routineaufgaben erfüllt

Alle Mitglieder der Steuerungsgruppe haben während des Prozesses auch ihre übliche Aufgaben und Aufgaben darüber hinaus in der Wahlkampf Vorbereitung erfüllt, so dass die Arbeitsbelastung aller resultierend aus Aufgaben außerhalb des Projektes DfS zunahm, je näher der Wahltermin rückte.

1.10. Die Umsetzung hing in starkem Maße allein an den MitstreiterInnen der Projektgruppe

Aufgrund der bereits ausgeführten mangelnden Akzeptanz, hing auch die Durchführung von konkreten Projektumsetzung in einem sehr hohen Maße an den MitstreiterInnen der Gruppe. Die konkreten Dinge sind aber gerade Bestandteil des Ausprobierens und nahmen aber im Ergebnis die Zeit, um daraus resultierend Ideen fortzuschreiben und zu modifizieren, also den eigentlichen Steuerungsprozess in Gang zu setzen.

1.11. Konkrete Ergebnisorientierung in einer politischen Organisation ist an vielen Stellen problematisch

Projektarbeit orientiert sehr stark auf erreichbare und mindestens beeinflussbare Ergebnisse. Hoffnungen und Wünschen bzw. abstrakte Zielstellungen werden beiseitegelegt, weil sie nicht konkret bearbeitbar sind. Damit ergibt sich bei der Zielorientierung eine andere als es zum Beispiel Beschlusslagen herbeiführen.

Ob das in einer politischen Organisation, wo viel mit Symbolik gearbeitet wird und diese auch Wertigkeiten beeinflusst, dennoch sinnvoll ist, muss diskutiert werden. Die Kernfrage ist, ob wir entsprechend viel Arbeit in umsetzbare, beeinflussbare Ziel investieren oder ob wir symbolische Kämpfe, die ebenso entscheidend sind, weiterhin mehr Wertigkeit zukommen lassen.

2. Zusammenfassend: Wovon konnte DIE LINKE. Sachsen konkret im Wahlkampf profitieren und darüber hinaus?

2.1. Erkenntnis adhocracy – nicht mit uns

Wir haben versucht, die Leitliniendebatte auch über ein Online-Tool laufen zu lassen. Im Prozess hat sich herausgestellt, dass zum einen die Hürden der Benutzer durch z.B. Nutzerregistrierungen sehr hoch sind bei zu findenden Onlinedebattentools und die Nutzung nicht selbsterklärend ist. Weiterhin hat sich herausgestellt, dass Onlineplattformen, die von Vereinen betrieben werden und deren Nutzung uns mithin besonders nahe steht, nicht in dem Maße weiterentwickelt werden und in dem Zeitrahmen, der notwendig wäre, um eine Nutzung für uns sinnvoll zu machen. Deshalb sind wir auf übliche Internetangebote in der Debatte „zurückgefallen“, wie z.B. die Möglichkeit der Kommentierung in Blogs und auf Websites. Die dauerhafte Etablierung einer wie auch immer gearteten zusätzlichen Plattform setzt eine entsprechend große „kritische Masse“ an aktiven User*innen als auch eine für alle erkennbare echte und hohe Relevanz voraus. Beides war nie gegeben.

2.2. Der Onlinewahlkampf war ein Ergebnis

... des DfS. Denn im Rahmen des DfS wurden die Onlineangebote evaluiert und ihnen tatsächliche Nutzungsweisen zugeführt, die sinnvoll erscheinen, abgrenzbar sind und deren Nutzen optimiert. So spiegelt der Blog Partei-Insiderinformationen und Parteileben wieder, ist aber noch deutlich ausbaufähig. Die Website ist komplett nach außen gerichtet, der DfS-Blog wurde als Debattentool genutzt. Auch dabei wurde jedoch das Problem sichtbar, dass es schwierig ist, User*innen – egal ob Mitglied unserer Partei oder nicht – von ihren bekannten sozialen Plattformen bzw. digitalen Instanzen (Facebook, Twitter, Foren, Mailinglisten) zu einer weiteren/anderen zu bewegen. Das wird wohl auch in Zukunft kaum funktionieren, weshalb wir uns auf die digitalen Orte konzentrieren sollten, welche die Menschen bereits nutzen. Im Bereich der sozialen Netzwerke wurden Abwägungen getroffen, welche der Vielzahl wir im Rahmen unserer Möglichkeit bespielen können und welche wir davon prioritär betrachten müssen, weil z.B. Reichweiten besonders hoch sind. Es wurde auch die Debatte geführt, ob wir uns mehr noch den alternativen Netzwerken nähern können, die unseren politischen Forderungen im Hinblick auf Datenschutz z.B. näher stehen, als die großen AnbieterInnen.

Weiterhin sind wir in den sozialen Netzwerken strukturierter unterwegs, haben Formen der Onlinewerbung im Rahmen des DfS ausprobiert und konnten auf diese Erfahrungen bauen und der Partei im Rahmen des Wahlkampfes letztlich immense Kosten ersparen. Mit wenig finanziellem Einsatz haben wir unsere Ziele mehr als erreicht.

2.3. Aktiv und geübt in den Wahlkampf

... weil wir im Rahmen des DfS Aktivelemente vor Ort getestet haben. Nicht flächendeckend, aber punktuell ist es gelungen, mit Aktionen und Veranstaltungen jenseits des Üblichen mit Leuten ins Gespräch zu kommen und auch für uns als Partei bereit Schlussfolgerungen ziehen zu können. Eine Breitenwirksamkeit dieser Aktionen konnte zumeist nicht erreicht werden. Das liegt wohl auch daran, dass diese mehr als etwas Zusätzlich denn als Ersetzung von Altbekanntem wahrgenommen worden sind und bei kontinuierlich sinkenden Personal- und Zeitressourcen unserer Mitgliedschaft folglich kaum übernommen worden sind. Dieses Üben vor Ort hat auch mit dazu beigetragen, dass wir gewappnet

waren und die Leute einfach mutiger waren, offensiv und ideenreich in den Wahlkampf zu gehen und aktivierende Formate zum Einsatz zu bringen.

2.4. Aktionen und Wahlkampfformate wurden entwickelt

Bei den Aktionen im Rahmen des DfS haben wir versucht, Elemente zu finden, um Leute überhaupt in Gespräche verwickeln zu können. Das sind oft sehr einfache Dinge, wie der Pendlerkaffee oder aber die einfache Frage, was PassantIn XY zu diesem oder jenem zu sagen hat.

Im Endeffekt haben wir die Kochtour aus den Dialogaktionen entwickelt, die fast überall erfolgreich gewesen ist und nur geringe Kosten verursacht. Aber auch die „Roten Sofas“, die „BürgerInnenkaffees“, PendlerInnenaktionen, Touren durch Gartensparten, Transpiaktionen im Öffentlichen Raum, die stattgefunden haben, gehen auf den Dialog für Sachsen zurück.

2.5. Ansprache in Materialien wurde den Bedürfnissen der Leute angepasst

Wir haben im Rahmen des Dialoges für Sachsen feststellen müssen, dass wir nur dann Leute für unsere Ideen erwärmen können, wenn wir unsere Forderungen in den Lebensalltag packen und konkret sind. Das heißt, dass es Aufgabe in erster Linie ist, Betroffenheit herzustellen. Deswegen wurde in Wahlkampfmaterialien stärker mit konkreten Beispielen gearbeitet und Texte in einfacherer Sprache geschrieben. Das ist in der Gesamtkommunikation, aber auch im Hinblick auf nächste Wahlkämpfe ausbaubar, aber erste Schritte sind zumindest gemacht worden.

Die Unterscheidung in der Ansprache im innerparteilichen oder politischen Diskurs sollte eine andere sein, als die mit unseren Adressaten bei Wahlen und Initiativen. Es geht bei der öffentlichen Kommunikation in erster Linie darum, Leute mit einfachen und auf den ersten Blick schlüssigen Argumenten zu überzeugen. Das sollte im Mittelpunkt stehen, vielleicht auch mit der Einschränkung, dass damit nicht jede Position ins Detail ausführbar ist.

2.6. Landesparteitage wurden in Formaten und öffentlichem Wirken weiterentwickelt

Landesparteitage müssen das Spannungsfeld aushalten und gut meistern, welches sich zwischen innerparteiliche Debatte mit niedrigen Hürden und Setzen von medialen Botschaften nach außen bewegt. Dabei wird man nie alle Seiten zufrieden stellen können. Delegierte finden gesetzte Debattenbeiträge von Parteipromis und Gästen nicht so wichtig, die Presse hingegen braucht diese für ihre Berichterstattung und hat die Erwartung, dass wir liefern. Die Delegierten hingegen wünschen sich mehr Raum für Debatten und Aussprachen sowie Einflussmöglichkeiten, das wiederum langweilt die Presse.

Dennoch ist es uns gelungen bei der Debatte der Bildungspolitischen Leitlinien auch mit externen MitdiskutantInnen in der Podiumsdiskussion auf dem Landesparteitag spannender und kontrovers zu gestalten und uns Feedback von außerhalb einzuholen. Weiterhin konnte durch die Möglichkeit der Fragestellung an Saalmikrofonen die Diskussion belebt werden, in dem Fragen und Statements das Podium direkt beeinflusst haben. Durch die Öffnung der Debatte konnten Delegierte und Gäste sich spontan für Redebeiträge und Diskussion entscheiden, die ja sonst durch die Abgabe von Wortmeldungen gemäß Geschäftsordnung nicht spontan möglich ist. Für die mediale Berichterstattung war genau die Form der Diskussion auch hilfreich.

2.7. Aufbereitete Materialien und Anknüpfungspunkte, die wir nutzen können

Durch den DfS gibt es für verschiedene Themengebiete fertige Materialien, die auch schnell für andere Themengebiete umgearbeitet werden können. Diese Materialien umfassen Ideen, wie konkret Aktionen vor Ort durchgeführt werden könnten und enthalten viele Wahlmöglichkeiten. Es gibt auch Ideen, wie bestimmte Themen in Veranstaltungen behandelt werden können mit einer Auswahl an Formaten. Weiterhin gibt es für verschiedene Veranstaltungsformate eine Zusammenfassung von Methoden, die so aufbereitet sind, dass sie sich schnell angeeignet werden können.

All diese Materialien werden uns nicht davor bewahren, uns auf diesen Gebieten auch stetig zu schulen und weiterzubilden, aber sie können die Arbeit vor Ort konkret unterstützen und ausgebaut werden. Letztlich sind sie auch Anhaltspunkt dafür, wie Partei vor Ort anders an Problemstellungen herangehen kann, wenn es dazu den Willen und Wunsch gibt. Gleichzeitig müssen wir festhalten, dass die Bereitschaft sich auf bestimmte Methoden und Formate einzulassen, auch vom Alter unserer Genoss*innen abhängt und nicht alle gleichermaßen Begeisterungsfähig sind.

2.8. Die Leitlinien waren diskutiert

Die Inhalte unseres Wahlprogrammes waren alle im Detail diskutiert durch den Prozess der Leitliniendebatte. Dieser war nicht kritikfrei, weil es auch eine große Zahl an GenossInnen gab, die ab einem bestimmten Zeitpunkt mit der Menge der Leitlinien gehadert haben. Mindestens bestand zu allen inhaltlichen Papieren die Möglichkeit sich einzubringen, in der Erarbeitung selbst und von der Entwurfsfassung bis zur Beschlussfassung. Die Einbringung fand jedoch zu weiten Teilen durch die klassische Methode der Antragsstellung- und -debatte statt.

2.9. Mapping

Mit geringer werdenden Ressourcen steigen die Anforderungen an uns als Partei in der Vorbereitung von Aktionen und Wahlkämpfen. Dafür wiederum sind Informationen nötig. Deshalb hat sich der Landesvorstand auf Empfehlung der Steuerungsgruppe an der Weiterentwicklung des Mapping-Tools beteiligt und zusätzliche Wahlergebnisse für Sachsen mit eingepflegt, die in anderen Bundesländern in dieser Detailliertheit nicht zur Verfügung stehen.

Wenn man der These folgt, dass wir genau schauen müssen, wo wir unser Material platzieren und welche Gruppen wir erreichen wollen, ist das Mapping – Tool eine gute Unterstützung für diese sehr konkreten und notwendigen Überlegungen. Das Infosystem sollte ausgebaut werden und nutzerfreundlicher gestaltet werden, kann aber nur in Abhängigkeit von den Planungen und Investitionen der Bundespartei in Bezug auf das Tool geschehen.

2.10. Überblick über Widerstände innerhalb der Partei

Wir haben einen Überblick, an welchen Stellen die Widerstände am Stärksten sind und welche Probleme uns begegnet sind im Rahmen des DfS. Das ist wichtig, weil sie zukünftig realistischer Einschätzungen von Vorhaben zulassen. Weiterhin können die bekannten Hemmnisse zukünftig vermieden werden. Deshalb sind auch das Scheitern und alle Schwierigkeiten etwas Positives im Prozess.

2.11. Beteiligungsprozesse in der Kritik: sind ausbaufähig, aber auch keine Einbahnstraße

Richtigerweise fordern Genossinnen und Genossen unserer Partei mehr Transparenz und Punkte der Beteiligung. Demgegenüber steht, dass es nicht ganz einfach ist, solcherlei Prozesse in die Tat umzusetzen.

Zum einen wäre ein Modus wünschenswert, dass in Vorbereitung von Prozessen alle wachsam sind und die Beteiligungen, die sie sich wünschen einfordern, damit sie in der Gesamtorganisation einplanbar sind. Das ist allerdings nur zu bewältigen, wenn alle rechtzeitig Bedenken anmelden und sich die Kritik nicht ausschließlich im Nachhinein ballt.

Zum zweiten sind gerade bei offenen und transparenten Arbeitsweisen bis hin zu Veranstaltungsformen viele Hürden innerparteilich zu überwinden. Das heißt, dass diejenigen, die genau das fordern auch MitstreiterInnen sein müssen, bei der Werbung für genau diese Prozesse und Veranstaltungen. Beteiligungsprozesse bedürfen schon in der Vorbereitung Vieler. Das heißt konkret, dass nicht 15 Leute in der Partei reichen, die sich darum kümmern, sondern dass es weit mehr sein müssen. Es geht auch nicht darum eine abstrakte Diskussion zu führen, sondern konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie das aussehen kann. Es geht darum die Rolle von Politik und auch die Art und Weise von Politik neu zu denken – das ist nicht lösbar, wenn wir dann doch immer wieder in alte Muster zurückfallen. Im Konkreten steckt derzeit die Hürde, ist aber überwindbar.

3. Empfehlungen für die weitere Arbeit

3.1. Innerparteilichen Dialog stärken

Der innerparteiliche Dialog ist zu stärken und wiederzubeleben. Dafür sind verschiedene Debatten in den Mittelpunkt zu rücken, die zur Diskussion und Positionierung einladen – nichts ist langweiliger, als über langweilige Themen zu debattieren. Der Dialog ist weitergehend mit dem Ziel der Positionsbestimmung zu führen. Allerdings ist es auch möglich, Positionen weiterzuentwickeln.

Dafür sind Formen der Beteiligung zu finden, welche die verschiedenen Bedürfnisse der Partei vereinen, nach Plattformen zu suchen.

Zu einer modernen Partei gehört es dazu, dass Mitspracherecht der Mitglieder so weit wie möglich zu stärken. Das heißt, dass Überlegungen nötig sind, wie genau dafür partizipative Prozesse entwickelt werden können.

Um diese Gedanken erfolgreich zu gestalten, ist es nötig Verantwortung füreinander zu übernehmen, zwischen den Ebenen und zwischen möglichen politischen Gräben. Weiterhin sollte der innerparteiliche Dialog auf einer Vertrauensbasis beruhen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt an vielen Stellen nicht vorhanden ist.

3.2. Überparteilichen und gesellschaftlichen Dialog stärken

Parteiarbeit ist nicht zum Selbstzweck da, sondern soll gesellschaftliche Wirkung zeigen. Das ist keine einfache Aufgabe, für die es ein Patentrezept gibt. Zwei Grundgedanken können dieser Aufgabe aber zu Grunde liegen. Es ist zu hinterfragen, was die Leute von uns erwarten, die uns wählen und uns nahe stehen. Und daraus ist dann in einem zweiten Schritt abzuleiten, was wir wollen und wo wir unsere Schwerpunkte setzen.

Wenn wir unsere Attitüde, alles zu wissen, nicht ablegen, werden wir scheitern.

Bei den entwickelten Schwerpunkten ist darauf zu achten, dass wir diese dann an Orten und in Zusammenhängen vorrangig diskutieren, wo sie ein hohes Maß an Relevanz haben. Sonst bleibt die Debatte aus.

3.3. Verankerung im Kommunalpolitischen

Links wirkt dort, wo wir auch kommunalpolitisch verankert sind. Das zeigt der Blick nach Thüringen, wo genau das in den letzten Jahren gut gelungen ist, aber auch in Sachsen ist die These anhand von Wahlergebnissen belegbar. Gleichzeitig ist kommunalpolitische Verankerung kein Patentrezept, wie auch der Blick nach Brandenburg zeigt.

Im Bereich Parteientwicklung ist diese Aufgabe auf allen Ebenen zu diskutieren und Lösungen zu finden. Linke Politik wirkt dort, wo wir konkret etwas bewirken und als AkteurIn wahrgenommen werden.

Wir werden ganz sicher in den nächsten fünf Jahren kein „Thüringen 2“ in Sachsen entwickeln können, aber wir können Schritte machen und damit die Hegemonie der Staatspartei CDU versuchen zu brechen oder wenigstens zu beeinträchtigen und unsere Wirkungsmacht erweitern.

Gerade weil die Wahlen und die Vorbereitung der Wahlen 2014 gezeigt haben, wie problematisch die Aufstellung von ausreichenden und geeigneten KandidatInnen im Konkreten ist, müssen wir dieses Thema permanent bearbeiten.

3.4. Methodenvielfalt und Weiterbildung sind kein Hippiekram

Unsere Partei ist in vielfältiger Art und Weise pluralistisch zusammengesetzt. Wir haben Mitglieder, die aus sehr unterschiedlichen Gründen und Zusammenhängen bei uns sind und sie sind unterschiedlichen Alters. So ist es auch im Kreis der SympathisantInnen und WählerInnen. Dementsprechend plural muss auch die Arbeit der Partei stattfinden – das heißt auch, dass es methodischer Vielfalt bedarf und verschiedener Angebote an den unterschiedlichen Punkten, an denen sich die Mitglieder einbringen und aktiv mitmachen können.

Weiterhin ist es wichtig, dass wir Mittel und Wege finden, die Mitglieder die wir haben, in Debatten einzubinden. Auch das passiert nicht von selbst, sondern muss strukturiert und bedarfsgerecht erfolgen. Kommunikation in einer so breit gefächerten Struktur wie der LINKEN ist ebenfalls eine Aufgabe, in der es nicht den einen Weg geben wird, sondern viele Kanäle bedient werden müssen. Auch hier haben wir Nachholebedarf und könnten deutlich besser die Rechte der Mitglieder bedienen.

Dementsprechend sollten sich Akteure der LINKEN weiterbilden und das sollte zur Selbstverständlichkeit werden. Organisationsstrukturen wandeln sich. Wenn man dies zur Kenntnis nimmt, macht es sich notwendig, dass Weiterbildung mit dazu gehört, egal ob man an Schlüsselstellen aktiv ist oder punktuelle MitstreiterIn.

Die in der Steuerungsgruppe entwickelte Idee der koordinierten Bildungsarbeit ist fortzuführen. Dabei sollte es ein Treffen aller sächsischen BildungsträgerInnen im linken Spektrum geben und ein solches Treffen sollte mindestens einmal jährlich fester Bestandteil der Bildungsarbeit sein.

3.5. Stringenz auf allen Ebenen

Wenn wir politische Ziele verfolgen, wir politische GegnerInnen definieren, dann sind wir nicht stringent in unserem Agieren, wenn man die unterschiedlichen Ebenen betrachtet. Das muss allerdings nicht heißen, dass diese Stringenz zwingend nötig ist, aber eine Debatte dazu und eine Einigung in der Frage sollte herbeigeführt werden.

Wenn wir auf Landesebene die CDU als Hauptgegnerin identifizieren und entsprechend im politischen Raum agieren, was passiert in der Wahrnehmung der Menschen, wenn wir auf Kreis- oder Gemeindeebene mit der CDU zusammenarbeiten? Diese und ähnliche Fragen sollten Gegenstand der Debatte sein. Es wird nicht möglicherweise nicht funktionieren, auf Landesebene jegliche Profilverwässerung zu vermeiden, wenn auf kommunaler Ebene das Gegenteil dessen, was auf Landesebene oder Bundesebene Usus ist, praktiziert wird.

3.6. Öffentliches Wirken optimieren

Wir machen Politik nicht zum Selbstzweck – dieser Satz wird oft bemüht. Handeln wir aber auch entsprechend? Im konkreten liegt die Tücke, denn wenn wir Texte verfassen sind sie selten sprachlich dafür geeignet, um Menschen anzusprechen, die nicht dem Politikbetrieb angehören. Uns selbst oder andere Parteien brauchen wir aber eigentlich nicht zu agitieren, oder?

Es gibt Erkenntnisse darüber, wieviel Menschen durchschnittlich am Stück lesen, wenn es um Werbung geht, es gibt auch Erkenntnisse darüber, wie man Texte aufbauen sollte, damit sie gelesen werden. Im parteiischen Alltag scheint das alles wenig zu gelten. Nicht selten ist zu hören, dass eine A5 Seite zu wenig ist, dass es nicht geht, das Thema in der Kürze darzustellen. Sollte das so sein, werden wir aber von vornherein eine große Gruppe an Menschen nicht erreichen.

Beim Öffentlichen Wirken geht es aber auch nicht nur um unsere textlichen Veröffentlichungen, sondern auch darum, wie wir auftreten. Wie schlagen sich LINKE in Podiumsdiskussionen, wie treten wir auf Veranstaltungen auf, wie sehen unsere Webpräsenzen aus, ist uns bewusst, dass auch Facebook & Co Plattformen der Öffentlichkeit sind, die nicht zwingend für interne Schlagabtausche genutzt werden sollten?

Um diese Fragen zu klären, zu strukturieren, zu diskutieren wird im Ergebnis des DfS vorgeschlagen, dass eine „Strategie Öffentlichen Wirkens“ erarbeitet werden sollte, mit den dazugehörigen Debatten. Die vorliegenden Vorschläge (Landesvorstand I 3-120) können dabei Grundlage sein und Stück für Stück in unsere Arbeit mit einfließen. Auch hier gilt, dass es nicht reicht, wenn die Landtagsfraktion und die Partei eine solche Strategie umsetzen.

3.7. Exkurs: Wirkung im Netz

Im Rahmen des Dialoges für Sachsen haben wir zahlreiche Erkenntnisse zur Funktionsweise und zum kontinuierlichen Ausbau von Webpräsenzen sammeln können. Wie können wir uns gegenseitig helfen, wie erweitere ich meinen Kreis an BesucherInnen der Website, wie erreiche ich Follower, wie funktioniert und wirkt Internetwerbung, was passiert, wenn wir interne Debatte online führen. Diese Erkenntnisse sind aufzubereiten und parteiintern öffentlich zu machen. Wir bauen uns gerade im Bereich der Onlinepräsenzen mühevoll Standing auf, reißen dieses aber auch unglaublich schnell wieder ein, z.B. indem einfachste Regeln nicht beachtet werden und die Wertigkeit unserer Websites und Seiten in den sozialen Netzwerken durch eine falsche Aktion gravierend einbrechen.

3.8. Schnelllebigkeit von Politik zur Kenntnis nehmen / sich verändernde Rahmenbedingungen akzeptieren

Es gibt in der Partei einerseits ein großes Bedürfnis an Debatten teilzunehmen und sich einzubringen. Beispielsweise gibt es auch das Bedürfnis an Entscheidungen der Fraktion angebunden zu werden, sie mitgestalten zu können oder an Entscheidungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und im

Wahlkampfgeschehen mehr mit eingebunden zu werden. Die Rahmenbedingungen sehen deutlich anders aus. Es werden Reaktionen im professionellen Politikbetrieb, im Wahlkampf und von der Presse erwartet, die schnell sind und lange Abstimmungsprozesse nicht zulassen. Weiterhin nehmen Prozesse, selbst wenn sie vordiskutiert wurden, schnelle ungeplante Dynamik auf und somit sind andere Handlungsmuster und andere Handlungsweisen als vorher antizipiert und diskutiert notwendig. Diese Reaktionen werden als Missachtung empfunden und dargestellt, obwohl sie sich kaum anders bewerkstelligen lassen. Wir schreiben in vielen Papieren, dass Gesellschaft und Parteien sich ändern. Allein der Wandel in der Medienkommunikation in den letzten fünf Jahren, stellt uns vor Herausforderungen, die in einer trägen Organisation, wie Partei eine naturgemäß ist, nur schwer aufzulösen sind bzw. es neuer Wege bedarf. Wir müssen den Wandel und die neuen Rahmenbedingungen annehmen und Wege für uns finden.

3.9. Arbeitsmethoden der Zeit von heute anpassen im Rahmen der Möglichkeiten

Projektarbeit und die Erstellung von Projektplänen gehören bei der Schnelllebigkeit von Politik und politischen Prozessen zur Parteiarbeit mit dazu. Exemplarisch zeigen die Wahlkämpfe, was von Parteien an Kommunikationsleistungen erwartet wird, wie schnell Entscheidungen getroffen werden. Um in Anbetracht dieser Anforderungen und Rahmenbedingungen nicht den Überblick zu verlieren, aber auch um Transparenz herzustellen, ist es notwendig, tiefer in diese oder ähnliche Arbeitsweisen einzusteigen und sie dem Parteilalltag anzupassen. Dabei soll die herkömmliche Parteiarbeit allerdings nicht auf der Strecke bleiben.

3.10. Wissens- und Informationshoheiten abbauen / Eigenverantwortung stärken

Im Prozess hat sich herausgestellt, dass sich Wissen und Informationen bei Wenigen ballen und damit auch die Entscheidungen, was weitergegeben wird und was nicht. Es ist keine Absicht zu unterstellen, sondern die vielfältigen Aufgaben und Mehrfachbelastungen nehmen die Zeit für sinnvolle Kommunikation. Da allerdings die Mitglieder, die sich einbringen wollen, genau diese Informationen brauchen, ist das bei der Beteiligungsplanung z.B. mit zu bedenken und entsprechende Möglichkeiten zu erarbeiten.

3.11. Erarbeitetes Nutzen / Selbstüberprüfung praktizieren

Im Rahmen des DfS sind zahlreiche Handlungsgrundlagen erarbeitet worden, für die empfohlen wird, sie weiter zu nutzen und zu qualifizieren:

- Die Fragen zur Qualitätssicherung für die Leitlinien, die durch die Steuerungsgruppe entwickelt wurden, könnten für die Zukunft vor der Erarbeitung politischer Papiere zum Maßstab gemacht werden (B 3 - 120 des Landesvorstandes)
- Gründe für die mangelnde innerparteiliche Debatte einiger Leitlinien sind aufbereitet und könnten in Zukunft als Vermeidungslinien gelten. (Protokoll Steuerungsgruppe 28.9.2012, Seite 3 unten)
- Bei der Beschlussfassung auch auf Landesparteitagen ist mehr darauf zu achten, dass die formulierten Zielsetzungen konkret, beeinflussbar und machbar sind. Weg vom Wunschkonzert und hin zur Realität dessen, was wir leisten können. Weiterhin ist dabei auch darauf zu achten, dass Zeiträume definiert werden und die Art und Weise der Umsetzung umrissen ist, so dass transparent wird, wie wir den Beschluss in Angriff nehmen wollen. Die Tücke steckt nicht nur im Detail, sondern im Konkreten.
- Durch Wahlperioden ist der Zeithorizont innerparteilich meist auf zwei Jahre angelegt. Dennoch müssen wir Wege finden, um kontinuierlich und langfristiger zu arbeiten, also Strategien zu beschließen, den Mittel- und Langfristigkeit sind Erfolgsschlüssel.

- Es muss eine Diskussion geführt werden, inwiefern ein höheres Maß an Ergebnisorientierung mit dem Modus einer Gesinnungsorganisation vereinbar ist.
- Wie gestalten wir spannende Landesparteitage - die Ideen, die für die Parteitage, auf den z.B. die bildungs- und sozialpolitischen Leitlinien beschlossen wurden, sollten aufbereitet werden und können allen Ebenen zur Verfügung stehen (Protokoll Steuerungsgruppe 28.9.2012 Seite 5 ff). Insbesondere die Auswertung des Landesparteitages, auf dem wir die Sozialpolitischen Leitlinien beschlossen haben, zeigt, wie positiv die öffnenden Elemente, welche durch den Dialog für Sachsen entwickelt wurden, wirken (Steuerungsgruppeprotokoll 7.11.2012, Seite 4 unten)

4. Beschlüsse als Grundlage des Handelns

Zum **4. Landesparteitag im November 2009** wurden mit dem Leitantrag Aufgaben an die Landespartei formuliert. Im Leitantrag sind unter anderem die folgenden Passagen zu finden:

„Der LINKEN Sachsen ist es bisher jedoch nicht gelungen, unseren eigenen Gestaltungsanspruch für ein soziales Sachsen, für ein Leben in Menschenwürde aller Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes in erreichbare Nähe zu rücken. Es sogar festgestellt werden, dass DIE LINKE. Sachsen bei allen landesweiten Wahlen (Kreistage, Gemeinderäte, Europaparlament, Landtag) der Jahre 2008/2009 über drei Prozent im Vergleich zu den jeweils vorangegangenen Wahlen und auch an WählerInnen verloren hat. Unsere Ergebnisse sind für den beschriebenen Zeitraum sogar schlechter als 1998/1999.“

Aus diesem Grund war es schon damals Wille des Landesparteitages: *„Da wir unseren Anspruch, diese Gesellschaft zu verändern, aufrecht erhalten und der Sinn unseres politischen Handelns jenseits unserer inneren Verhältnisse liegt, werden wir nun den harten Weg der Selbstveränderung unserer Partei in Angriff nehmen und uns ohne Scheu unseren Problemen stellen.“* Weiter heißt es im Beschluss *„Für diese Aufgabe müssen wir uns darüber verständigen, was unter „linker Politik“ in einer demokratisch, sozialistischen Partei DIE LINKE gemeinsam verstehen wollen. Wir bedürfen daher dringend einer programmatischen Debatte, die wir in engem Zusammenhang mit den tagespolitischen Problemen in Sachsen führen.“*

Bereits der Landesparteitag 2009 hat also formuliert, dass wir, um uns zukunftsfähig aufzustellen, eine inhaltliche Verständigung nötig ist. Mehr noch wurde ausgeführt: *„Es wird jedoch bei weitem nicht ausreichen, wenn wir uns in dieser Selbstverständigung darauf beschränken, eine uns möglichst gut erscheinende Welt zu skizzieren bzw. die bestehenden Verhältnisse möglichst radikal zu kritisieren. Gemeinsam Schritte wirklicher Gesellschaftlicher Veränderungen zu entwickeln, die von den Hoffnungen und Sorgen, Möglichkeiten und Problemen der Menschen in Sachsen ausgehen, ist die alltägliche Aufgabe demokratischer SozialistInnen. Unsere Vorstellungen von der Gestaltung der Gegenwart bzw. Zukunft in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns zu stellen, bildet die einzige Möglichkeit dafür, unser Partei nicht in vier oder fünf, sondern auch in zehn und zwanzig Jahren als gesellschaftlich relevante Kraft zu erhalten. Dabei müssen wir unsere Inhalte erlebbar machen und als Teil linker Identität verstehen.“*

Schon 2009 gab es also den politischen Willen in unserer Landespartei, Politik mit den Menschen zu entwickeln. Es wurde als Aufgabe, als Überlebensnotwendigkeit formuliert. Ebenso wurde deutlich formuliert, dass reine Kritik am Bestehenden dafür nicht reichen wird, sondern es darum geht, Politikangebote zu formulieren, die nah am Erleben und Bedürfnissen der Menschen in Sachsen orientiert sind.

Es wurden weiterhin beschlossen, dass für fünf Themenfelder Konzepte zu erarbeiten sind. Diese sollten schon nach damaligen Willen des Landesparteitages nicht zum Selbstzweck geschrieben werden, sondern: *„Auf Grundlage dieser Vorhaben entwickelt DIE LINKE. Sachsen ein integriertes Landesentwicklungs- und Wirtschaftskonzept als Dialogangebot an die EinwohnerInnen Sachsen, [...].“*

Ebenfalls schon zum Landesparteitag 2009 wurde unter anderem der damals wie folgt formulierte Arbeitsschwerpunkt beschlossen: *„Entwicklung einer integrierten Öffentlichkeitsarbeit in der den Anforderungen der klassischen Medien (Presse, Funk), der neuen Medien und der unmittelbaren Kommunikation mit den EinwohnerInnen entsprochen wird. Dazu entwickeln wir ein Zukunftskonzept DIE LINKE. Sachsen, dass die Grundlage für eine strukturelle und methodische Erneuerung unserer Partei ist.“*

Dies sollte laut Beschlusstext mit Hilfe von Modellprojekten erfolgen.

Nach diesem Landesparteitag begann die Arbeit an Leitlinien, beginnend mit den Energiepolitischen Leitlinien. Hier ist es im Laufe der Zeit manchmal mehr und manchmal weniger gelungen, AkteurInnen außerhalb der LINKEN für Debatten zu gewinnen. Mehr noch wuchsen die Leitlinien, wie es sich in einer beteiligungsorientierten Partei gehört auf verschiedensten Feldern aus dem Boden. In wichtigen Politikbereichen hingegen, war die Debatte und Verschriftlichung unserer Ideen nicht ganz so leicht und ließ auf sich warten.

Im **November 2011** schließlich wurden durch den **Landesparteitag** weitere Aufgaben formuliert, welcher der Wahlvorbereitung diente. Unter anderem wurde im Leitantrag formuliert: „Das mangelnde Vermögen unserer Partei, auf Veränderungen in der politischen Landschaft strategisch klug zu reagieren und innerparteiliche Differenzen im öffentlichen Raum politisch nutzbar zu machen, stellt eine Ursache dafür da.“ Ursache für den stagnierenden Zuspruch der WählerInnen in Sachsen. Schließlich wurde beschlossen für die notwendige Öffentliche Debatte eine wiedererkennbare Marke Dialog für Sachsen zu entwickeln in der verschiedene Wege der Ansprache in Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion entwickelt werden sollten.

Dem widmete sich ab **Januar 2012 der Landesvorstand**, in dem er eine Steuerungsgruppe „Dialog für Sachsen“ ins Leben rief. Nun konnte diese Gruppe nicht im luftleeren Raum agieren, sondern sollte die bereits erfolgten Schritte im Hinblick auf Parteientwicklung, politische Bildung, aber auch die Leitliniendebatte in ihre Arbeit mit einbeziehen.

Wenn man weiterhin der These folgt, dass sich Veränderungen und neue Wege - die so oft heraufbeschworen werden - nicht von allein auftun, muss man Wege finden und diese gehen. Deshalb hat der Landesvorstand sehr gründlich überlegt, wie man genau das Stück für Stück auf den Weg bringt. Es gab damals - genauso wenig wie heute - ein Patentrezept, aber es gab Beschlüsse, mögliche Ansätze und Ideen für mehr Dialog innerhalb und außerhalb der Partei, die genauer verfolgt werden sollten.

Es gab weiterhin das Erfordernis mit weniger werdenden Ressourcen die Partei für die Wahlkämpfe zu wappnen - inhaltlich, methodisch, personell. Keine leichte Aufgabe bei einem immer kleiner werdenden Kreis von Aktiven.

Um diese Arbeit zu steuern und dem Landesvorstand die entsprechenden Vorschläge zu unterbreiten, wurde eine Steuerungsgruppe eingesetzt.

Anlage 1

B. Berichte

B.1 Bericht des Landesvorstandes an den 9. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Sachsen

B. 1.1. Bericht „Dialog für Sachsen“

Dem „Dialog für Sachsen“ liegt der Beschluss des 6. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen vom 05./06. November 2011 in Bautzen „DIE LINKE. Sachsen: Die linke Gestaltungspartei in Sachsen – Unser Fahrplan für die Wahlen 2013/2014“ zu Grunde, insbesondere Abschnitt 2.3.: „Die intensiv geführte innerparteiliche Debatte über landespolitische Themen mit allen daran interessierten Parteimitgliedern bildet die substantielle Grundlage für einen möglichst geschlossenen Auftritt der LINKEN in den Wahljahren. Politische Differenzen sollen durch diese Debatte entweder aufgehoben oder in eine Form gebracht werden, die unserer gesellschaftlichen Anerkennung zuträglich ist. Neben der Bedeutung von landespolitischen Themen muss es uns wieder verstärkt gelingen, uns regional oder örtlich begrenzten Themen, auch mit Unterstützung der Landesebene (Partei und Fraktion), zuzuwenden, diese aufzugreifen, in die Öffentlichkeit zu transportieren und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.“

Die vom 4. Landesparteitag der LINKEN Sachsen im Jahr 2009 beschlossenen fünf Schwerpunktthemen und die zwischenzeitlich hinzugekommenen Leitlinienpapiere bilden die Grundlage für innerparteiliche und öffentliche Diskussionen.

Gegenstände des „Dialogs für Sachsen“ sind:

- die Energiepolitischen Eckpunkte (bereits LPT-Beschluss)
- die Sozialpolitischen Leitlinien (bereits LPT-Beschluss)
- die Bildungspolitischen Leitlinien (bereits LPT-Beschluss)
- die Kulturpolitischen Leitlinien (liegen vor)
- der „Plan demokratisches Sachsen“ (Arbeitspapier)
- Wirtschaftspolitische Leitlinien (liegen zum Beschluss vor)
- die Sucht- und Drogenpolitischen Leitlinien (liegen vor)
- die kommunalpolitischen Leitlinien (Überarbeitung)
- europapolitische Leitlinien (Arbeitspapier)

Bestandteile des „Dialogs für Sachsen“ sind die (Weiter-)Entwicklung, die Diskussion und die öffentliche Darstellung landespolitisch wichtiger Positionen der LINKEN:

- in der Debatte in der Partei mit allen daran Interessierten
- im öffentlichen Dialog mit gesellschaftlichen PartnerInnen
- mit zeitgemäßen Beteiligungsformen im Internet

Im Ergebnis des „Dialogs für Sachsen“ soll aus den genannten inhaltlichen Angeboten ein integriertes „Landesentwicklungs- und Wirtschaftskonzept“ erstellt werden. Die Arbeit an unserem nächsten Landeswahlprogramm soll darauf aufbauen. Insbesondere die öffentliche Diskussion der verschiedenen inhaltlichen Angebote im BürgerInnendialog und im Fachdialog soll qualifizierend dafür wirken.

Der „Dialog für Sachsen“ verfolgt mehrere Ziele. Er wird in dem Maße erfolgreich sein, wie seine Ziele erreicht werden. Diese Ziele sind:

- die intensive Einbindung aller in der Partei an einer Debatte über die Zukunft Sachsens interessierten GenossInnen
- die Geschlossenheit der Partei im Kampf für einen Politikwechsel 2014
- die Entwicklung glaubwürdiger und konsistenter politischer Alternativen für Sachsen
- die Verbesserung der Fähigkeit der LINKEN, zeitgemäße Kommunikation im Internet zu betreiben
- eine höhere Attraktivität der LINKEN als Mitgliedspartei, als politische und gesellschaftliche PartnerInnen sowie für die WählerInnen
- die Schärfung des eigenen Profils als sächsische LINKE
- die öffentliche Auseinandersetzung mit Zukunftsthemen in Sachsen
- die Produktion eines gesellschaftlich wahrnehmbaren und medial wahrgenommenen Diskurses über die Zukunft Sachsens
- die Nutzung vorhandener und die Schaffung neuer Gesprächszusammenhänge zu gesellschaftlichen PartnerInnen
- die Gewinnung gesellschaftlicher und politischer PartnerInnen für einen Politikwechsel in Sachsen
- ein den Resultaten dieses Diskurses entsprechender Politikwechsel in Sachsen 2014

Die beständige Arbeit an der Umsetzung dieser anspruchsvollen Ziele erfordert die enge Zusammenarbeit der TrägerInnen des „Dialogs für Sachsen“. Dies sind der Landesvorstand,

die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, die Landesgruppe Sachsen der LINKSFRAKTION im Deutschen Bundestag, die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, das Kommunalpolitische Forum Sachsen und die linksjugend Sachsen. Dieses koordinierte Zusammenwirken wird durch wenigstens monatliche Beratungen der Steuerungsgruppe des „Dialogs für Sachsen“ gewährleistet, die Protokolle dieser Beratungen liegen in der Landesgeschäftsstelle vor.

Als Zwischenfazit kann festgestellt werden, dass eine ganze Reihe dieser Ziele des Dialogs für Sachsen erreicht wurden bzw. beständig erreicht werden. Für die öffentliche Debatte mit gesellschaftlichen Partnern wurde eine wiedererkennbare Marke „Dialog für Sachsen“ entwickelt. Die verschiedenen Möglichkeiten dieses „Dialogs für Sachsen“ in der Ansprache von Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften usw. wurde in Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion gezielt gestaltet, insbesondere die thematischen Touren des Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt durch Sachsen stellen einen wertvollen Beitrag für dieses Dialogangebot dar.

Insbesondere die innerparteiliche Debatte zu den verschiedenen Leitlinienpapieren kann schon jetzt als gelungen gekennzeichnet werden. In allen Kreisverbänden wurde vor allem auf der Ebene der OV und BO intensiv diskutiert. Auf den Landesparteitagen wurden sachlich hochqualifizierte Diskussionen mit zahlreichen Änderungsanträgen zu den diversen Leitlinien geführt. Relevante gesellschaftliche Partnerinnen aus Gewerkschaften, Bewegungen, Verbänden, Initiativen usw. usf. äußerten ihre Meinung zu unseren inhaltlichen Vorstellungen, was zu einem nicht unerheblichen Qualitätszuwachs führte.

Für die bisher beschlossenen Themengebiete kann festgestellt werden, dass nach intensiver und offener Debatte ein hohes Maß an Übereinstimmung auf den Landesparteitagen erreicht wurde.

Auch sehr kontrovers diskutierte Themen wurden im Rahmen des Dialogs für Sachsen bearbeitet. Hier ist vor allem die Diskussion zur Änderung der sächsischen Verfassung zu nennen. Für fünf Regionalkonferenzen dazu konnten hochqualifizierte externe und interne Expertinnen gewonnen werden.

Die thematischen Veranstaltungsangebote des „Dialogs für Sachsen“ als Unterstützung für die politische Arbeit der Partei vor Ort wurde bisher nur wenig angenommen. Allerdings steht die heiße Phase dieses Dialogangebots noch bevor.

Der Blog Dialog für Sachsen www.dialog-fuer-sachsen.de ist vom Prinzip her gut angelaufen. Es wird eine Bandbreite an Themen bespielt, Abgeordnete und VertreterInnen der Partei mit einbezogen, teilweise auch AkteurInnen darüber hinaus. Leider ist die Öffnung für eine Diskussion mit und nach außen noch nicht vollständig gelungen. Es werden weiter Wege dafür erprobt, um den Blog intensiv für innerparteiliche und gesellschaftliche Diskussion zu nutzen.

Auf den nächsten Seiten finden sich die abrufbaren Angebote für die Orts- und Kreisverbände.

Anlage 2

DIE LINKE. Sachsen Landesvorstand

I 4 - 206

Rechenschaft über die Ausgaben für den Dialog für Sachsen (2012/2013) in Vorbereitung der Wahljahre 2013/2014

Information aus der Beratung des Landesvorstandes am 17. Oktober 2014

Information:	Der Landesvorstand nimmt die Ausgaben im Rahmen des Projektes Dialog für Sachsen zur Kenntnis.
Politische Botschaft:	<p>Der Dialog für Sachsen wurde gemäß Beschlüssen des Landesparteitages als wahlkampf vorbereitendes Projekt in den Jahren 2012/2013 geführt, um Möglichkeiten zu suchen, wie mit linken Themen mehr in die Öffentlichkeit wirken kann. Dabei wurde sich der Arbeitsweise einer Steuerungsgruppe beim Landesvorstand bedient, die nicht selbstständig Entscheidungen herbeiführte, sondern Entscheidungsgrundlagen für den Landesvorstand vorbereitete, über die dann diskutiert und beschlossen wurde. Das Projekt mündete dann im Wahlkampfturnus ab der Bundestagswahl 2013 und war dort planmäßig beendet.</p> <p>Von vornherein war der Dialog für Sachsen ein Versuch. Zum einen in Bezug auf die Arbeitsweise, aber auch das methodische Herangehen. Zum anderen in Fragen der Umsetzung. Es wurde sich dafür entschieden sowohl im Projekt an sich nach dem Prinzip ‚Trial and Error‘ zu arbeiten, also bewusst neue Wege zu gehen, zu denen keine Erfahrungen vorliegen und aus Positivem zu lernen und Misserfolge nicht zu wiederholen.</p> <p>Eine genaue inhaltliche und methodische Auswertung erfolgt bei der Klausur des Landesvorstandes.</p>
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
Weitere Maßnahmen:	Auswertung des Projektes
Finanzen:	Siehe Übersicht
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, linksjugend [`solid]

F.d.R.

Dresden, den 17. Oktober 2014



Antje Feiks – Landesgeschäftsführerin

Ausgaben insgesamt nach Kostenstellen:

Fahrtkosten der Mitglieder der Steuerungsgruppe und Externer & Übernachtungen	712,86 €
Beratungskosten extern - MWC	9.430,75 €
Kosten Website	837,49 €
Werbung Website als vorbereitender Versuch für die Wahlkämpfe	1.249,50 €
Räumlichkeiten für Beratungen/Kinderbetreuung / Versorgung	1.291,50 €
Broschüre Methoden	4.020,02 €
Handzettel und Faltblätter für konkrete Aktionen vor Ort	2.676,87 €
anteilige Unterstützung von Veranstaltungen vor Ort	507,00 €
Video Bildungspolitische Leitlinien	1.025,00 €
Sonstiges	523,60 €
Summe	22.274,59 €

Die externen Beratungskosten umfassen die methodische (nicht inhaltliche) Vorbereitung der Steuerungsgruppentreffen, die Moderation der Steuerungsgruppentreffen und die Nachbereitung sowie die methodische Vorbereitung der Unterarbeitsgruppentreffen zur Lösung von Teilaufgaben, deren Moderation und Nachbereitung.

Die Steuerungsgruppe hat sich im Jahr 2012 sieben Mal getroffen und im Jahr 2013 ach Mal. Weiterhin gab es 4 Workshops für Unterarbeitsgruppen, teilweise über zwei Tage gestreckt. Heißt, dass sich die externen Beratungskosten in ihrem Gesamtumfang auf 19 Termine verteilen.

Für Räumlichkeiten für die Steuerungsgruppentreffen wurden nur 2012 Gelder ausgegeben. Im Jahr 2013 konnte die Gruppe kostenfrei Räumlichkeiten nutzen.

Ausgaben nach Unterscheidung in Vorbereitung und Durchführung:

Kosten Vorbereitung	7.691,10 €
Kosten Umsetzung	14.583,49 €
Summe	22.274,59 €